



AdobeStock © bnenin

# Eckpunktepapier für eine moderne und zukunftsfähige Verteidigungsindustrie

Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

## Auf einen Blick

Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine vor über drei Jahren hat die europäische Sicherheitsarchitektur in ihren Grundfesten erschüttert. Die politisch beschlossenen Maßnahmen zur Steigerung des Verteidigungsetats sind wichtige und richtige Signale, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands grundlegend zu stärken.

Um die Potenziale der Verteidigungsindustrie vollumfänglich auszuschöpfen, bedarf es weiterer Schritte. Dazu gehören:

- **Steigerung der Innovationskraft und praktische Anwendung kurzfristig ermöglichen**
- **Effiziente und moderne Produktion fördern und ausbauen**
- **Lieferketten sichern und Prozesse beschleunigen**
- **Europäische und internationale Kooperation stärken und vereinfachen**
- **Strategischen Industriedialog des Bundesministeriums der Verteidigung öffnen**

Die Unternehmen der Verteidigungsindustrie tragen zum Schutz und zur Sicherheit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands bei. Sie stärken die deutsche und europäische Souveränität. Daher ist es unabdingbar, ihnen die Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, die sie für diese Aufgaben brauchen.

### 1. Steigerung der Innovationskraft und praktische Anwendung kurzfristig ermöglichen

Haushaltsentscheidungen auf Bundesebene werden entsprechend der jeweiligen politischen Prioritäten getroffen – nicht auf Basis des tatsächlichen Bedarfs der Bundeswehr. Verzögerungen und Uneinigkeit der Parteien führen zu zeitlicher und finanzieller Unsicherheit und beeinträchtigen die Weiterführung und Planung von Beschaffungsvorhaben.

Forderung:

- Langfristige Planung des Verteidigungshaushaltes über politische Legislaturperioden hinweg
- Ankerverträge für Start-ups/Scale-ups und Festpreisverträge für KMU
- Nachhaltigkeitseinstufung gemäß EU-ESG-Kriterien für Investitionen in die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie
- Investitions- und Planungssicherheit sowie weitere Deregulierung für die Verteidigungsindustrie



München und  
Oberbayern

Basierend auf den Beiträgen aus dem  
IHK-Arbeitskreis „Verteidigungsindustrie  
und Innovation“ (Stand: 30.04.2025)

Die Entwicklung sicherheits- und verteidigungsrelevanter Technologien beschleunigt sich und konvergiert mit hoher Geschwindigkeit – bedingt durch Technologieplattformen und Enabler-Technologien wie KI, Public Blockchain, Satellitenkommunikation oder Batterietechnologie. Emerging Disruptive Technologies – also bahnbrechende Technologien – bieten große Chancen, die es zu identifizieren und strategisch zu nutzen gilt, denn sie bilden die Grundlage für zukünftige Innovationen. So verkürzt der Einsatz von KI die „Time-to-Battlefield“ und erhöht die Dynamik moderner Konflikte. Unternehmen müssen in die neuen Technologien investieren und gemeinsam mit Wissenschaft und Start-ups innovative Lösungen entwickeln. Gerade im Bereich der Schlüsseltechnologien sind oft enorme Investitionen notwendig oder die außereuropäische Marktmacht ist bereits so groß, dass ein Aufholen kaum mehr möglich erscheint (z. B. SpaceX (Raumfahrt), Amazon (Cloud Computing) oder Open AI (Künstliche Intelligenz)). Damit steigt die Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern, die Renditen sinken und die eigene Innovationskraft, z. B. im Bereich der Robotik, wird gehemmt.

Die Förderung von Start-ups/Scale-ups und KMU im Verteidigungssektor sollte verstärkt durch Anker-aufträge erfolgen. Eine Verlagerung von Fördergeldern hin zu konkreten Ankeraufträgen an Start-ups wäre oft sinnvoller, da sie eine klare Erfolgskontrolle über die Lieferung an den Kunden und Start-ups einen realistischen Praxistest ermöglichen. So könnten die Potenziale von Omni- und Dual-Use-Anwendungen voll ausgeschöpft werden.

Die Ausweitung der Investitionsmöglichkeiten der Europäischen Investitionsbank (EIB) ist begrüßenswert und kann entscheidend dazu beitragen, die europäische Verteidigungsfähigkeit langfristig zu stärken. Dabei sollten ausschließlich geächtete Waffen ausgeschlossen werden. Neben Projekten aus beispielsweise den Bereichen Land- und Luftfahrzeuge, Drohnen, militärische Mobilität, Cybersicherheit, Optronik oder Raumfahrt sollten auch die Herstellung von letalen Waffensystemen und Munition durch die EIB gefördert werden. Die Initiative der EU-Kommission, spezifische, bürokratische Regelungen der Verteidigungsindustrie zu verschlanken und zu harmonisieren (z. B. das „*Defence Omnibus Simplification Proposal*“), ist sehr begrüßenswert und sollte schnellstmöglich umgesetzt werden.

## 2. Effiziente und moderne Produktion fördern und ausbauen

Die aktuelle Gesetzeslage erlaubt es Unternehmen der Verteidigungsindustrie nicht, auf Vorrat zu produzieren. Das verhindert die Nutzung von Skaleneffekten und die zügige Ausweitung von Produktionskapazitäten im Bedarfsfall. Eine frühzeitige Einbindung der Industrie, beispielsweise bereits in der Konzeptionsphase von Projekten und Beschaffungsvorhaben, sorgt für langfristige Planungssicherheit und klare Anforderungen an die Unternehmen. Daraus ergibt sich eine langfristige und stetige Auftragsvergabe.

Forderung:

- Mehr Planungs- und Investitionssicherheit für die Unternehmen der Verteidigungsindustrie
- Langfristige und stetige Auftragsvergabe
- Klare und kohärente Strategien und Anforderungen an die Unternehmen
- Klare Kommunikation in Bezug auf die Gesamtverteidigung Deutschlands und die Einbindung der Wirtschaft
- Förderung hochflexibler Fertigungszentren und Investitionen in Industrie 4.0

Maximilian Epp  
Bernhard Eichiner LL.M.

☎ 089 5116 -1680

☎ 089 5116 -2087

@ [epp@muenchen.ihk.de](mailto:epp@muenchen.ihk.de)

@ [eichiner@muenchen.ihk.de](mailto:eichiner@muenchen.ihk.de)

Komplexe Genehmigungsverfahren für Dual-Use-Güter erhöhen die bürokratischen Hürden und strenge Exportkontrollen versperren den Zugang zu internationalen Märkten. Die Wirtschaft erwartet Planungssicherheit durch klare und kohärente Strategien und Anforderungen. Das betrifft sowohl mögliche Eingriffe durch die Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung als auch den Operationsplan Deutschland.

Sogenannte „Advanced Manufacturing Hubs“, hochflexible Fertigungszentren, die durch den Einsatz von Industrie-4.0-Technologien und vernetzter Produktion schnell an wechselnde Bedarfe angepasst werden können, sollen gefördert werden. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sollen so verbessert werden, dass sich auf privatwirtschaftlicher Ebene Konsortien aus Industrie, Wissenschaft und Start-ups/Scale-ups effizient bilden können. Deutschland hat aufgrund seiner komparativen Vorteile – vom erstklassigen Werkzeugbau über hochqualifizierte Fachkräfte bis hin zu forschungsnahen Strukturen – gute Chancen, sich als Schlüsselakteur im internationalen Verteidigungs- und Sicherheitsumfeld zu positionieren. Diese Potenziale gilt es gezielt zu nutzen.

### 3. Lieferketten sichern und Prozesse beschleunigen

Deutschland sollte gemeinsam mit seinen europäischen Partnern sicherstellen, dass strategisch relevante Unternehmen und Schlüsseltechnologien – etwa in der Chipindustrie, Halbleiterproduktion, Wehrtechnik und Telekommunikation – nicht in die Hände systemischer Rivalen fallen. Von einer sicheren und effizienteren sowie schnelleren Beschaffung seitens der Bundeswehr profitiert auch die Wirtschaft:

Forderung:

- Frühzeitige Einbindung der Industrie in Beschaffungsvorhaben
- Schnellere Sicherheitsüberprüfungen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
- Entbürokratisierung des Beschaffungsprozesses
- Klare gesetzliche Regelungen für hybride Bedrohungslagen (z.B. Drohnenüberflüge, physische und digitale Sabotageangriffe)

Der bisherige Beschaffungsprozess sollte verschlankt und beschleunigt werden, um den aktuellen Herausforderungen zu entsprechen. Nationale Beschaffungsprogramme sollten in integrierten Projektorganisationen abgewickelt werden, die für gesamte Systeme und alle relevanten Teilprojekte verantwortlich sind. Dies würde eine frühzeitige Abstimmung, eine optimierte Ressourcennutzung und eine Minimierung von Schnittstellenproblemen ermöglichen.

Bisherige nationale Regularien wie der CPM (*Customer Product Management*) und rechtliche Unsicherheiten sowie bürokratische Hürden erschweren eine frühzeitige Einbindung der Industrie. Würde die Industrie, insbesondere Start-ups/Scale-ups und KMU, frühzeitig in die Beschaffungsvorhaben eingebunden werden, könnten Innovationen gezielt gefördert und praxistauglich umgesetzt werden. Dazu bedarf es auch Ankerverträge für Start-ups/Scale-ups und Festpreisverträge für KMU.

Es braucht einen schnelleren und effizienteren Prozess bei der Sicherheitsüberprüfung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen aus der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Ein zweistufiges System würde es erlauben, in sicherheitsrelevanten Bereichen ausschließlich vertrauenswürdigen Personal aus strategisch verbündeten Staaten einzusetzen, während in Bereichen, die keine sensiblen oder sicherheitskritischen Informationen oder Technologien betreffen, die Überprüfungsverfahren verkürzt werden könnten. Dadurch könnten auch Verzögerungen bei der Einstellung und Nachteile im Wettbewerb um knappe Fachkräfte vermieden werden.

Maximilian Epp  
Bernhard Eichiner LL.M.

☎ 089 5116 -1680

☎ 089 5116 -2087

@ [epp@muenchen.ihk.de](mailto:epp@muenchen.ihk.de)

@ [eichiner@muenchen.ihk.de](mailto:eichiner@muenchen.ihk.de)

#### 4. Europäische und internationale Kooperationen stärken und vereinfachen

Europa muss eine eigenständige Verteidigungsstrategie entwickeln. Der europäische Pfeiler in der NATO muss ausgebaut und gestärkt werden. Die Unternehmen sollen Konsortien nach wirtschaftlichem Ermessen innerhalb Europas bilden können, ohne dass nationale Regulierungen sie daran hindern. Skaleneffekte und Arbeitsteilung sollten dort genutzt werden, wo sie sinnvoll und möglich sind. Die Förderung der Verteidigungstechnologien soll als integraler Bestandteil in eine gesamteuropäische Hightech-Strategie eingebettet werden. Neue Kompetenzen in Zukunftsfeldern wie Robotik, Künstliche Intelligenz und Quantencomputing müssen aufgebaut werden.

Forderung:

- Klarere Strukturen, Bürokratieabbau, Transparenz und eine strategische Verzahnung und Abstimmung der Förderinstrumente entlang einer europäischen Technologie-Roadmap
- Einheitliche EU-Exportregeln für Verteidigungsgüter, die in gemeinsamen Projekten entstanden sind
- Unterstützung deutscher Unternehmen bei Bewerbungen auf EU-Fördermittel wie z.B. EUDIS oder EDF

#### 5. Strategischen Industriedialog des Bundesministeriums der Verteidigung öffnen

Die gesetzliche Rolle der IHKs verpflichtet diese, das Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft zu vertreten. Gleichzeitig sind die Kammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts dazu verpflichtet, die Wirtschaft und die Bundeswehr in einem Krisen-, Spannungs- oder Verteidigungsfall zu unterstützen und können in diesem Rahmen öffentliche Aufgaben vom Staat zugewiesen bekommen. Entsprechend ist die IHK-Beteiligung am Strategischen Industriedialog erforderlich.

Die Öffnung des Strategischen Industriedialogs soll es auch jungen Unternehmen aus der Verteidigungsindustrie (z.B. Start-ups/Scale-ups) ermöglichen, sich einzubringen. Dadurch werden bereits bestehende Silostrukturen aufgebrochen und die Wertschöpfung gesteigert. Gleichzeitig können dadurch neue Technologien und Innovationen zielgerichteter der Bundeswehr präsentiert werden.

Forderung:

- Beteiligung des BIHK e.V. als Dachorganisation der bayerischen IHKs am Strategischen Industriedialog
- Beteiligung von innovativen und jungen Unternehmen am Strategischen Industriedialog

Maximilian Epp  
Bernhard Eichiner LL.M.

☎ 089 5116 -1680

☎ 089 5116 -2087

@ [epp@muenchen.ihk.de](mailto:epp@muenchen.ihk.de)

@ [eichiner@muenchen.ihk.de](mailto:eichiner@muenchen.ihk.de)